

Kurzt notiert

Schule. Die Auslieferung von Laptops und Tablets an die Schulen hat am Dienstag offiziell begonnen. Insgesamt 150.000 vom Bildungsministerium angeschaffte Geräte im Gesamtwert von 250 Millionen Euro sollen verteilt werden. Bildungsminister Heinz Faßmann (ÖVP), der aus diesem Anlass zum Ramsauer Gymnasium in Linz gereist war, sprach von der bisher größten Investition in die Digitalisierung im Bereich der Schulbildung. Die Auslieferung startet vorerst in Wien, Niederösterreich, Oberösterreich und dem Burgenland.

Corona-Tests. Die SPÖ spricht sich dafür aus, die Corona-PCR-Tests in Schulen über die dreiwöchige Sicherheitsphase hinaus fortzuführen, und zwar das ganze Wintersemester lang. Auf der anderen Seite plädieren die Neos dafür, die Schutzmaßnahmen an den Schulen gänzlich einzustellen, sobald 75 Prozent der Personen über 12 entweder geimpft sind oder nach einer Erkrankung Antikörper haben. Die FPÖ setzt sich weiterhin für Freiwilligkeit bei der Impfung ein.

Lehrermangel. In vielen Bundesländern gibt es auch in diesem Schuljahr Engpässe beim Lehrpersonal. Das heißt aber nicht, dass Klassen ohne Lehrer auskommen müssen, zeigt ein Rundruf der APA in den Bildungsdirektionen. Einspringen müssen andere Pädagogen, entweder durch Überstunden oder eine Aufstockung der Lehrverpflichtung, sowie Studierende oder vereinzelt auch pensionierte Lehrer. In Vorarlberg werden vor allem Volksschullehrer benötigt, in Salzburg bestehe das Problem im Pflichtschulbereich, in Niederösterreich seien zwar alle Klassen wurden besetzt, in einigen Bereichen sei die Lage aber angespannt, heißt es. In Wien gäbe es im Volks- und Sonderschulbereich noch Bedarf an 50 ausgebildeten Lehrkräften.

Vorarlberg. Der Vorarlberger Rechnungshof sieht dringenden Bedarf für eine Haushaltskonsolidierung beim Land Vorarlberg. „Als die Pandemie kam, hatte Vorarlberg bereits ein strukturelles Haushaltsproblem“, stellte Direktorin Brigitte Egler-Bargheir bei einer Pressekonferenz am Dienstag fest. Es gebe dringenden Handlungsbedarf für „umgehende, systematische und konkrete Konsolidierungsmaßnahmen“, da laufend mehr ausgegeben als eingenommen werde.

Von Tobias Kurakin

Wenn Oliver Koller von seinem Balkon seinen Blick über den Innenhof hin zu den angrenzenden Häusern schweifen lässt, zeichnet sich ein buntes Bild. „Hier wohnt ein Türke, daneben wohnt eine vierköpfige Familie und darüber wohnt ein guter Freund von mir“, sagt der 78-jährige Pensionist, der die Diversität seines Viertels mittels losen Fingerzeigs offenlegt. Auch eine Regenbogenfahne hängt von einem Balkon im Nachbarhaus, nur zwei Wohnungen neben jener von Kollers Freund. Der ehemalige Versicherungsmitarbeiter wohnt in der Annenstraße in Graz, auf der rechten Murseite, seit 40 Jahren. Koller erlebte die Annenstraße noch als glamouröse Einkaufsstraße mit schicken Modeboutiquen und prunkvollen Schaufenstern.

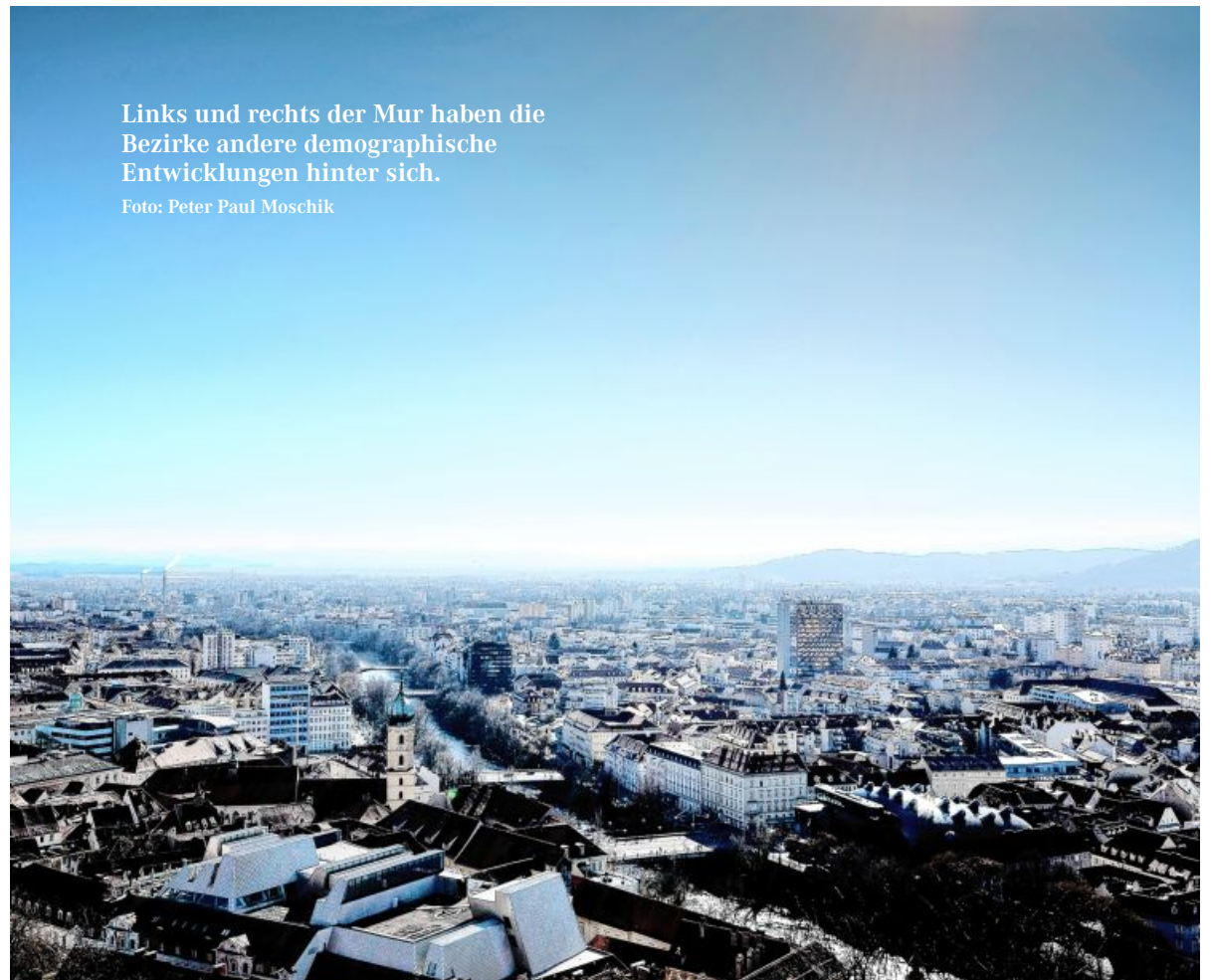
In den Nachkriegsjahren hatte sich die Straße schrittweise zu einem Boulevard des „gehobenen Ranges“ gemausert, wie es der Grazer Publizist Robert Engele beschreibt. Mittlerweile zeichnet sich jedoch ein anderes Bild. Koller trauert dem Glanz der Vergangenheit in seiner Straße nach und zieht ein altes Brettspiel hervor. Es ist die Edition des österreichischen Klassikers „DKT“ aus den 1960er Jahren: „Die Annenstraße war damals noch eine Topadresse, nicht so teuer wie die Wiener Kärntner Straße, aber dennoch lukrativ zu besitzen.“

Heute glitzern in der Annenstraße bestenfalls noch billige Handyhüllen aus den Schaufenstern oder mit Kunststeinen versetzte Leggings von den Kleiderstangen. Daneben reihen sich Vitрины, deren einziger Inhalt eine dicke Schicht aus Staub ist. „Viele Vermieter wollen derzeit auch nicht vermieten und warten auf eine Aufwertung der Annenstraße, um dann mehr Profit herauszuschlagen zu können“, sagt der Fachhochschul-Dozent und Betreuer des journalistischen Projekts „Annenpost“, Thomas Wolkinger.

Historisch gewachsen und romantisiert

Er sieht zudem eine Überhöhung der Vergangenheit: „Insbesondere alte Mieter beginnen die Annenstraße der 1970er Jahre hochzustilisieren, weil sie mit den exoti-

Graz wird durch die Mur geteilt. Das war bisher auch bei Wahlergebnissen zu beobachten.



Links und rechts der Mur haben die Bezirke andere demographische Entwicklungen hinter sich.

Foto: Peter Paul Moschik

schen Gewürzläden und Kebap-Buden weniger anfangen können.“ Zum Flanieren lädt die Annenstraße jedoch nicht ein. Viel Beton, wenige Entspannungsfläche und lautes Gehepe bestimmen das Bild der Straße östlich der Mur. Die Geschehnisse rund um den Niedergang der Annenstraße wurden zum Sinnbild im Denken einiger Grazer.

Konträres Wahlverhalten teilt(e) die Stadt

Die Mur war in Graz stets eine Grenze zwischen Bürgertum und Arbeiter. Manch Grazer sah den Fluss überdramatisiert auch als Trennung zwischen Gut und Böse. So wurde der Fluss in der zweitgrößten österreichischen Stadt schon oft zum Sinnbild für ökonomische, soziale und auch politische Unterschiede. Spaziert man über die Sporgasse, einer verwinkelten Gasse mit Swarovski-Filiale, Baby-Mode-Boutique und schicken Cocktailbars, vorbei am Kastner- & Öhler-Komplex, so ist die rechte Murseite keine hundert Meter mehr fern. Die Erzherzog-Johann-Brücke ist eine von 16 Übergängen zwischen den viel-

tierten und teils nur heraufbeschworenen zwei Welten in Graz.

Politisch zeigten sich aber immer wieder bemerkenswerte Unterschiede. Bei der Nationalratswahl 2013 erlangte die FPÖ in jedem Bezirk auf der rechten Murseite die meisten Stimmen, die Grünen triumphierten in jedem Stadtteil links der Mur. Das Wahlergebnis von 2019 ist hingegen

schon mehr ein Indiz dafür, dass die Grenze immer mehr verschwimmt und, so wie die Mur, fließend wird.

Während die Grünen in den sechs Innenstadtdistrikten über eine Mehrheit jubeln durften, gewann die ÖVP in den äußeren. Die Ökopartei holte sich demnach auch die Stimmenmehrheit in zwei Bezirken auf der rechten



Nationalrat mit Ibiza-U-Ausschuss und Corona-Debatten

Mit der Debatte um den Bericht zum Ibiza-U-Ausschuss im Nationalrat wird die Arbeit des Gremiums am Mittwoch endgültig abgeschlossen.

Die Debatte um den Bericht zum Ibiza-U-Ausschuss ist das dominierende Thema beim Wiederauftakt des Nationalrats am Mittwoch. Damit wird die Arbeit des parlamentarischen Untersuchungsgremiums endgültig abgeschlossen. Mittlerweile haben alle Parteien Bilanz gezogen und ihre Fraktionsberichte abgeliefert. Während die Opposition und Grünen den U-Ausschuss für einen Erfolg halten, beschwert sich die ÖVP über ständige Skandalisierungen und Unterstellungen.

Wolfgang Pöschl, Verfahrensrichter des U-Ausschusses, hat seinen Vorabbericht bereits Ende Juli vorgelegt. Pöschl hatte in der

Causa Casinos herbe Kritik an Türkis-Blau geübt und ein gegenseitiges Abhängigkeitsverhältnis zwischen damaligen Politikern und dem Novomatic-Konzern geortet. Auch die Bestellung von Thomas Schmid zum Alleinvorstand der staatlichen Holdinggesellschaft Öbag prangerte er an.

Beschluss zur Sonderbetreuung

Postenbesetzungen im Gegenzug für Vereinsspenden (im Umfeld der FPÖ) seien nur im Fall des Immobilienunternehmers Siegfried Stieglitz nachweisbar gewesen, so das Fazit des Endberichts. In der Schredder-Causa sah Pöschl keine

Anhaltspunkte, dass ein Mitarbeiter im Kanzleramt Beweismittel vernichtet haben könnte. Im Justizstreit konstatiert er behördeninterne Intrigenspiele und ein zerrüttetes Verhältnis zwischen den Justizvertretern.

Neben der Debatte um den U-Ausschuss stehen im Nationalrat am Mittwoch auch Beschlüsse an: Die Sonderbetreuungszeit für Eltern wegen Corona-bedingter Schul-Ausfälle von Kindern wird rückwirkend mit Anfang September wieder eingeführt.

Damit können sie bis Jahresende drei Wochen ohne Einkommensverlust freinehmen, wenn Kinder erkranken oder in Quaran-

täne kommen. Den Arbeitgebern werden die Lohnkosten ersetzt. Ebenfalls fixiert wird die Grundlage dafür, dass die Österreichische Gesundheitskasse die Kosten für die dritte Covid-Impfung zu übernehmen hat.

Neos mit „Dringlicher Anfrage“

Im Vorfeld der Sitzung sprach sich die SPÖ dafür aus, die Corona-PCR-Tests in Schulen über die dreiwöchige Sicherheitsphase hinaus fortzuführen, und zwar das ganze Wintersemester lang. Die Neos plädieren dafür, die Schutzmaßnahmen an den Schulen gänzlich einzustellen, sobald eine

Immunitätsrate von 75 Prozent erreicht ist, also drei von vier Personen über 12 entweder geimpft sind oder nach einer Erkrankung Antikörper haben.

Dazu wird es in der Sitzung des Nationalrats eine „Dringliche Anfrage“ der Neos an Gesundheitsminister Wolfgang Mückstein (Grüne) geben, sagte Partei- und Klubchefin Beate Meinel-Reisinger. Sie forderte am Dienstag eine Anti-Körper-Studie, ein Ende der Gratistests, eine Impf-Kampagne, Datentransparenz und eine Impfmöglichkeit in Apotheken. Der Regierung attestierte Meinel-Reisinger ein chaotisches Pandemie-Management. ■ (apa/dab)